

Finanzpolitik im Zeichen der Konsolidierung

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, Universität Freiburg und Walter Eucken Institut

Ein Streit innerhalb der Bundesregierung hat in den vergangenen Wochen Furore gemacht: In einem Brief forderte der Bundeswirtschaftsminister Habeck den Bundesfinanzminister Lindner dazu auf, mehr haushaltspolitische Spielräume für die Ressorts vorzusehen, genauer, den Ministerien des Bundes höhere Ausgaben etwa durch Verbesserungen auf der Einnahmeseite zu ermöglichen. Dabei wurden Steuervergünstigungen angesprochen, zudem stehen Steuererhöhungen oder eine Umgehung der Schuldenbremse im Raum. Der Bundesfinanzminister wies dies von sich und hob die Bindungswirkung der grundgesetzlichen Schuldenbremse hervor.

In seinem Aufsatz zur Krise des Steuerstaates schrieb Joseph Schumpeter im Jahr 1918: „Welch Geistes Kind ein Volk ist, auf welcher Kulturstufe es steht, wie seine soziale Struktur aussieht, was seine Politik für Unternehmungen vorbereiten mag – das und viel anderes steht phrasenbefreit in der Finanzgeschichte. Wer ihre Botschaft zu hören versteht, der hört da deutlicher als irgendwo den Donner der Weltgeschichte.“ In der Finanzpolitik laufen die politischen Vorhaben einer Regierung zusammen; ohne Geld ist nicht viel Politik zu machen.

Finanzpolitische Entscheidungen haben vielfältige Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung. Dies gilt kurzfristig für ihre konjunkturellen Effekte und ihren Einfluss auf die Inflation. Es gilt langfristig für die Produktivitätsentwicklung und, dabei von besonderer Bedeutung, für die private Innovations- und Investitionstätigkeit. Schließlich spiegeln sich in der Finanzpolitik die Ausrichtungen der Verteidigungs-, Umwelt-, Energie-, oder Sozialpolitik.

Einerseits muss die Finanzpolitik im derzeitigen stagflationären Umfeld eine inflationäre Wirkung vermeiden. Ist Inflation das Ergebnis des Auseinanderfallens von gesamtwirtschaftlichem Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage - letztere hoch gehalten durch eine expansive Fiskal- und Geldpolitik - dann sollte die Finanzpolitik ihre expansive Wirkung reduzieren. Andererseits muss sie die Angebotsbedingungen für die Privaten verbessern, um zur Überwindung der Stagflation beizutragen. Was Innovationen und Investitionen

schädigt, sollte unterbleiben, was diese fördert, sollte unternommen werden.

Jede finanzpolitische Maßnahme ist nachfrage- und angebotswirksam. Es kommt daher auf den Mix der Maßnahmen an, um eine finanzpolitische Wende zur Angebotspolitik zu schaffen. Steuererhöhungen sind dabei der falsche Weg, weil sie investitions- und innovationsschädlich sind. Dies gilt für die Körperschaft- und Gewerbesteuer als klassische Unternehmenssteuern, genauso wie für die Einkommensteuer, die Abgeltungsteuer und den Solidaritätszuschlag, weil ihnen Personengesellschaften, Selbständige und Einzelunternehmer unterliegen. Rund die Hälfte der Einnahmen aus dem verbleibenden Rest des Solidaritätszuschlags stammt aus unternehmerischen Einkünften. Aber Vorsicht: Die Streichung einer Steuervergünstigung, zum Beispiel des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Speisen im Gastgewerbe, ist keine Steuererhöhung, obwohl dies bei den Betroffenen so ankommt.

Aus diesen Überlegungen folgen zwei Vorgaben für die Finanzpolitik in den Jahren 2023 und 2024: Erstens sollte das gesamtstaatliche Defizit im Vergleich zum Vorjahr im Haushaltsvollzug niedriger ausfallen. Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen sind mit ihren Kern- und Sonderhaushalten also gleichermaßen gefordert. Zweitens dieses Ergebnis sollte ohne Steuererhöhungen erreicht werden.

Zur Erreichung dieser Ziele hilft die grundgesetzliche Schuldenbremse. Die Rückkehr zu ihrer Regelgrenze ist essentiell für die finanzpolitische Solidität. Dass dies nicht einfach ist, versteht sich von selbst, insbesondere da inflationsbedingt höhere Ausgaben für Sozialtransfers, Zinsendienst und Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst kaum zu vermeiden sind. Der haushaltspolitische Spielraum ist also zusätzlich eingeschränkt. Aber dazu ist Politik da: Die bestehenden Zielkonflikte aufzulösen, gerade wenn es schwierig ist.



Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld